

So geht es nicht weiter – raus aus der Lethargie



Ein paar Gedanken zur Lage meiner Partei, der Regierung und der Gesellschaft.

Die vergangenen Jahre waren geprägt von großen Krisen. Noch immer tobt ein Krieg in der Ukraine. Die Menschen wissen, dass sich aufgrund des Klimawandels viele Dinge im alltäglichen Leben und in der Art, wie wir wirtschaften, ändern müssen.

In solchen Zeiten erwarten sich Menschen von einer Regierung und ihrem Personal Orientierung. Ein souverän auftretender Kanzler, der mit guter Kommunikation eine Richtung vorgibt, erfreut sich in Krisenzeiten eigentlich großen Zuspruchs. Eigentlich.

Schauen wir auf die Bundesregierung, ist oft gegenteiliges der Fall. Wie viele andere Menschen auch, mache ich mir Gedanken über den Zustand des Landes, der Demokratie, der Regierung, meiner Partei. Die folgenden Zeilen, sollen keine wissenschaftliche Aufarbeitung sein und sie liefern keine (einfachen) Lösungen. Aber ich bin einfach der Meinung, wir können auch nicht einfach so weiter machen.

Die Regierungskonstellation

Ja, es ist ein Experiment. Erstmals regiert im Bund eine Koalition aus drei völlig unterschiedlichen Parteien (auch wenn CDU und CSU trotz Fraktionsgemeinschaft in der Vergangenheit gelegentlich wie zwei Parteien agiert haben). Die Gegensätze sind groß. Sie wären es auch bei einem sog. Jamaika-Bündnis. In einem immer stärker zergliederten Bundestag ist es unumgänglich, dass sich solche Koalitionen bilden.

Ich war 2021 begeistert, dass es für eine Regierung unter SPD-Führung gereicht hat. Ohne die Dauerangriffe von Markus Söder gegen den eigenen Partner in der Parteienfamilie, wäre wohl die Union vor uns gelandet.

Es hat sich klar gezeigt: Söder hat sich nicht im Griff, weil er sein Ego vor das Wohl seiner Partei und des Landes stellt. Daran sollte man gelegentlich erinnern, wenn er den Eindruck erwecken will, er wäre ein solider Staatsmann.

Vom Koalitionsvertrag, den SPD, Grüne und FDP abgeschlossen haben, war und bin ich absolut überzeugt. Da sind so viele Dinge drin, die für das Land wichtig sind und dringend angepackt werden müssen.

Leider hat sich schnell gezeigt, dass die Auffassung, wie man Politik macht, wie man ein Gesetzgebungsverfahren begleitet und auch, was handwerkliche Qualität im Regierungshandeln bedeutet, unter den drei Parteien weit auseinander geht.

Zudem hat diese Regierung einfach auch Pech in einer Phase nie dagewesener Krisen arbeiten zu müssen. Die Nachwirkungen der Pandemie sind noch nicht überwunden – weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich. Es ist aber vor allem der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, welcher ganz Europa vor immense Herausforderungen stellt. Da die Abhängigkeit Deutschlands von günstiger Energie wesentlich größer ist, als in den anderen EU-Staaten, trifft uns der Preisanstieg bei Öl, Gas etc. wesentlich intensiver.

Öffentlich wird viel gestritten über die Unterstützung der Ukraine. Es wird von der Opposition und den Koalitionspartnern, der Eindruck erweckt, Deutschland ist nur halbherzig dabei. Das mag bei der Geschwindigkeit von Entscheidungen gelegentlich stimmen. Die quantitativen Zahlen sprechen aber eine deutlich andere Sprache. Mir ist es ein Rätsel, weshalb die Medien diese Kampagne noch verstärken. Jedenfalls entsteht Druck auf die Bundesregierung, die Hilfen weiter auszuweiten – während immer größere Teile der Bevölkerung dies hinterfragten.

Zur Ehrlichkeit gehört aber, dass die mangelhafte Kommunikation aus dem Kanzleramt dem nichts entgegengesetzt. Klar verurteilen muss ich zudem so manche Äußerung der Spitze unserer Bundestagsfraktion („Einfrieren des Konflikts“), die in der aktuellen Situation mindestens naiv sind.

Neben den Waffenlieferungen sollte zudem der Fokus auch auf die enorme humanitäre Hilfe gelegt werden. Über 1 Million Menschen aus der Ukraine haben in Deutschland Zuflucht gefunden. Das ist eine enorme Leistung.

Wir sind gefordert Menschlichkeit zu zeigen und den betroffenen Menschen zu helfen. Zur Wahrheit gehört allerdings, dass wir nicht unbegrenzt leistungsfähig sind.

Fehler und Versäumnisse

An diesem Punkt fangen meine Probleme mit der aktuellen Bundesregierung an. Seit mehr als einem Jahr machen wir Kommunen deutlich, dass wir bei den Flüchtlingszahlen an einer Belastungsgrenze angekommen sind. Integrationskurse, Kindertagesstätten, Schulen, Tafeln – alles überlastet. Wohnraum wird knapper. Verwaltungen sind bürokratisch völlig überfordert. Die Helferkreise haben manches aufgefangen, sind aber inzwischen auch überlastet. Die Hilferufe wurden ignoriert.

Erst als klar war, dass die Landtagswahlen zu einem Desaster werden würden, hat man sich bewegt und mit den Ministerpräsidenten erste Beschlüsse mit dem Ziel einer Reduzierung der Migrationszahlen gefasst. Immerhin. Aber es ist ein Jahr zu spät.

Teilen der Bundestagsfraktion geht selbst das – was bei weitem noch nicht ausreicht – zu weit. So kommen wir wieder in die Situation, dass Sporthallen als Notunterkünfte genutzt werden müssen. Der ohnehin schon gefährdete gesellschaftliche Friede wird weiter leiden.

Miese Stimmung - wer ist verantwortlich?

Die SPD macht gerne Union, FW und AfD für das wachsende Misstrauen in den Staat verantwortlich. Das stimmt auch, da seit Antritt der Ampel viele führende Politiker aus diesen Parteien kaum noch von Trump und seinem Mix aus Populismus und Fakenews zu unterscheiden sind.

Besonders negative Beispiele sind für mich Jens Spahn oder Alexander Dobrindt. In ihrem Populismus kennen sie keine Grenzen. Dass sie bis vor kurzen selbst noch Verantwortung getragen haben und hierbei alles andere als eine gute Figur abgaben, scheint sie nicht zu kümmern.

Von Andreas Scheuer wollen wir erst gar nicht reden. Das Mautdesaster hat den Steuerzahler mehrere Hundert Million Euro gekostet. Das zeugt zwar von einem großen Selbstvertrauen, aber nicht unbedingt von Verantwortungsbewusstsein oder gar menschlicher Stärke.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Es ist die von meiner Partei geführte Regierung, die nicht gegengesteuert hat und so überhaupt erst den Eindruck hat entstehen lassen, der Staat hat die Sache nicht mehr im Griff.

Auf europäischer Ebene haben der Bundeskanzler und die Bundesinnenministerin inzwischen Erfolge erzielt. Das ist ein wichtiger Schritt. Dem muss nun aber auch folgen, dass die Behörden im Inland mit der gebotenen Konsequenz geltendes Recht umsetzen.

Was ist wichtig?

Ich verstehe nicht jede Priorisierung. Das Gesundheitsministerium ist z.B. für die Krankenhausreform zuständig oder für den Bereich der Pflege. Hunderte Krankenhäuser drohen in die Insolvenz zu rutschen. Auch im Landkreis Main-Spessart ist das Defizit dramatisch. In der Pflege sind immer mehr Einrichtungen nicht mehr überlebensfähig. Bei einer alternden Gesellschaft ist das eine katastrophale Entwicklung.

Doch mit welchem Thema wird diese Regierung im Gesundheitsbereich im Moment in Verbindung gebracht? Cannabislegalisierung.

Ich bin persönlich der Meinung, dass die Drogenpolitik in diesem Land anders aufgestellt sein sollte. Aber um Himmelswillen doch nicht mit Priorität genau in dem Moment, in dem wir eine schwere Krise bei den Krankenhäusern und im Pflegebereich haben.

Bei einigen Sozialleistungen gibt es Fehlanreize. Das bezieht sich nicht auf die Höhe von Grundleistungen. Ich finde es eine schlimme Diskussion, die gerade gegen die Ärmsten unserer Gesellschaft geführt wird. Nicht die – vermeintlich - zu hohe Untergrenze der Leistungen ist das Problem. Problematisch wird es beim Weg aus den Sozialleistungen in reguläre Beschäftigung. Wenn

der Zuverdienst steigt, sinken Sozialleistungen. Für viele Leistungsempfänger ist es ein wichtiger Einstieg wieder 5, 10, 15 Std zu arbeiten. Jedoch kommt es zu häufig vor, dass eine weitere Anhebung der Arbeitszeit dazu führt, dass netto kein Mehrverdienst entsteht. Das muss nachgeschärft werden. In den vergangenen Wochen wurden deutlich mehr Sanktionen für Leistungsbezieher ausgesprochen, die sich nicht an Vorgaben gehalten haben (z.B. Aufforderung zur Bewerbung oder Qualifizierung), als im ersten Halbjahr.

Der jüngste Vorschlag von Hubertus Heil zielt darauf, bei sog. „Totalverweigerern“ die Leistungen gar bis zu zwei Monate zu streichen. Es geht hierbei nicht um diejenigen, die aus verschiedensten Gründen nicht arbeiten können (das ist übrigens die Mehrheit der Dauerarbeitslosen), sondern um Menschen, die von sich aus jede zumutbare Beschäftigung und jede Mitwirkung beim Erlangen eines neuen Beschäftigungsverhältnisses ablehnen. Dies scheint mir auch notwendig. Ein Sozialsystem kann nur funktionieren, wenn jeder den Beitrag leistet, zu dem er in der Lage ist. Sozialdemokratische Politik war es in 160 Jahren Parteigeschichte noch nie, dass diejenigen Unterstützt werden, die selbst kein Teil der Solidargemeinschaft sein wollen. Die Sozialdemokratie stand und steht an der Seite derer, die für sich und die Gesellschaft einstehen. Wir wollen denen helfen, die unverschuldet in Not geraten. Das geht nur, wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt, dass die Gesellschaft stark bleibt.

Hierzu zählen keine Ausbeuter, die sich auf Kosten anderer bereichern (hier fällt mir wieder Spahn mit seinen Maskendeals ein), oder auch Menschen, die sich von der Gesellschaft ohne Gegenleistung alimentieren lassen wollen.

Die Koalitionspartner

Nach dem russischen Angriff hat das Wirtschaftsministerium hervorragende Arbeit geleistet und die Energieversorgung gesichert. Leider konzentriert sich der Vizekanzler etwas zu stark auf seine Ambitionen bei der nächsten Wahl Spitzenkandidat zu sein. Das zeigt sich z.B. in Grundsatzreden, die eigentlich nichts mit seinem Ressort zu tun haben. Unbestritten hat er ein großes Talent, eingängige Reden zu formulieren. Viele Medienvertreter vergessen bei ihrer Bewunderung ganz, die Arbeit im eigentlichen Aufgabenbereich zu hinterfragen.

Aber in diesem Ministerium wurde nicht nur die Neufassung des Gebäudeenergiegesetz entwickelt – in dieser Phase wurde Habeck tatsächlich mal kritisch hinterfragt. Das hätte so niemals verabschiedet werden dürfen.

Es ist mir völlig unverständlich, dass es weder vom Kanzler, noch von der SPD-Bundestagsfraktion gestoppt wurde. Auch bei der Umsetzung der Preisbremsen für Öl und Gas hat man sich nicht unbedingt damit hervorgetan, dass schnell praktikable Lösungen erarbeitet wurden. Gerade für kleine Versorger, wie Gemeindewerke, ist der bürokratische Aufwand enorm.

Bei der Planungsbeschleunigung hat man zwar erste wichtige Entscheidungen getroffen und dem Ausbau Erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt. An der Länge von Genehmigungsverfahren wird dies aber solange nichts ändern, wie die Einzelabwägung der Schutzgüter nicht entschlackt wird.

Hier trifft ein überzogenes Planungsrecht auf überforderte Behörden. Und da geht man nur halbherzig ran.

So, wie die Sozialdemokraten 2003 den Sozialstaat reformierten (was hart aber notwendig war), könnten jetzt die Grünen zeigen, dass sie das Land über die Partei stellen und dabei helfen Planungsverfahren wieder beherrschbar zu machen. Es betrifft ja nicht nur Windräder, sondern auch das Leitungsnetz, Bahntrassen usw.

Dabei darf es nicht darum gehen, dass wir in Zeiten zurückfallen, in denen kaum Rücksicht auf die Natur genommen wurde. Aber wir müssen einige Dinge wieder auf einen vernünftigen Grad zurückschrauben. Sonst werden wir weiterhin erleben, dass, wie hier in Frammersbach, z.B. die Reparatur eines Zulaufkanals für ein kleines Wasserkraftwerk an einer fehlenden Rodungserlaubnis scheitert, die aber für die notwendige Baustraße benötigt werden würde. Und selbst wenn man mit Sondergenehmigungen nach mehreren Anhörungen Ausnahmeregelungen erreichen könnte – wer soll das denn in unseren Kommunalverwaltungen bearbeiten? In den jetzigen Strukturen werden wir die Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht erreichen können. Da wird auch zusätzliches Geld nicht helfen, da wir die Projekte einfach nicht umgesetzt bekommen.

Nicht ganz schlau werde ich aus der Finanzpolitik der FDP. Eine solide Haushaltsführung bekommt meine uneingeschränkte Zustimmung. Allerdings muss man sich auch Realitäten stellen. Für die Transformation der Wirtschaft werden enorme Investitionen notwendig. Alle führenden Industrienationen unterstützen in ihren Ländern diesen Umbau auf nachhaltige Technologien mit massiven staatlichen Programmen und führen ihre Staatsschuldenquote weit über das hinaus, wo die Bundesrepublik steht. Während unsere Staatsschuldenquote bei etwa 65% liegt, befindet sich diese in Staaten, wie USA, Japan oder Frankreich weit über 100%.

Wir müssen nicht in diese Sphären vorstoßen. Aber ein etwas größeres Investitionsvolumen aus dem Haushalt zu ermöglichen, scheint mir - alleine schon aus Gründen der Standortsicherung - notwendig. Jedenfalls wird es nicht auf Dauer funktionieren, sowohl Neu-Verschuldung als auch Steuererhöhungen für große Vermögen auszuschließen und gleichzeitig den aktuellen Standard halten zu wollen bzw. zusätzliche Zukunftsinvestitionen anzustoßen. Diesem Widerspruch muss sich auch eine Wirtschaftspartei stellen.

Deutschland hält immer noch das Tripple-A-Rating, worauf der Finanzminister stolz ist. Fachleute der Ratingagenturen weisen jedoch selbst darauf hin, dass die Staatsschuldenquote nur einer von mehreren Faktoren darstellt. Wichtiger ist die Zukunftsfähigkeit des Kreditnehmers. Hierbei verbessert sich die Bundesrepublik aktuell nicht unbedingt.

Die Grenze für Neuverschuldung in Höhe von 0,35% der Wirtschaftsleistung ist eine rein willkürliche politische Festlegung. Bei Ratingagenturen wird eine Quote bis 2% momentan als unproblematisch angesehen. Damit nehmen wir uns selbst ein beträchtliches Investitionspotential.

Die FDP hat unter anderem deswegen ein relativ gutes Bundestagswahlergebnis erhalten, weil sie angetreten ist, die Zukunft zu gestalten. In der Regierung wird sie jedoch mehr als Bremser wahrgenommen. Das wird ihr auf Dauer nicht helfen – weder der Regierung, noch der FDP.

Der Haushalt

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eine Überarbeitung des Bundeshaushalts notwendig. Die Ergebnisse enttäuschen mich sehr. Das ist Politik gegen die Landbevölkerung und gegen die arbeitende Mitte der Gesellschaft. Strom und Treibstoff zu verteuern, belastet die Menschen, die keine Alternative haben. Und das trifft auf den Großteil der Menschen auf dem Land zu. Das 49€-Ticket ist eine richtig gute Sache. Für den Alltag auf dem Land aber nicht hilfreich.

Die meisten Landwirte sind schon heute finanziell und bürokratisch schwer belastet – vor allem die kleinen Betriebe, wie wir sie auch in unserer Region vorfinden. Eine Senkung von Unterstützungsleistungen führt nur dazu, dass weitere Betriebe aufgeben. Dann müssen noch mehr Lebensmittel importiert werden.

Aber es gibt hierbei noch einen weiteren Aspekt. Die Offenlandschaft in unserer Region wird von Landwirten und Schäfern geschaffen und aufrechterhalten. Ein Überleben dieser Betriebe ist auch für das gewohnte Landschaftsbild und somit Lebensumfeld wichtig.

Betriebe sind nur mit Subventionen überlebensfähig. Die Vergütung von Molkereien, Schlachthöfen usw. ist nicht ausreichend. An diesem Problem ist nicht die aktuelle Bundesregierung schuld.

Die Bauernproteste treffen in weiten Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung. Was den Bauern neben Solidaritätsbekundungen in Sozialen Medien auch helfen würde, wäre eine Umstellung des Einkaufsverhaltens. Vielleicht könnten die Verbraucher nach den Protestwochen einige „Bewusstwochen“ anschließen. Bewusst einkaufen. Möglichst beim Direktvermarkter, beim Metzger und Bäcker vor Ort. Discountpreise meiden.

Zudem ist die betriebliche Struktur sehr unterschiedlich. Gerade unsere Kleinbetriebe sind aufgrund der Kleinteiligkeit energieintensiver. Sie trifft die Rücknahme der Förderung stärker. Das kann schwerwiegende Auswirkungen haben. Stellen wir uns nur einmal vor, wie Frammersbach und

Habichsthal aussehen würden, wenn an den Hängen keine Mahd mehr durchgeführt wird oder der Schäfer nicht mehr weidet. Schon nach wenigen Jahren wäre alles verbuscht. Wir würden unsere Heimat nicht mehr wiedererkennen.

Daher ist die Rücknahme von Unterstützung beim Agrardiesel zum jetzigen Zeitpunkt falsch und der Protest durchaus verständlich. Allerdings werden hierbei auch Grenzen überschritten. Galgen aufstellen ist absolut nicht hinnehmbar – ebenso das Weiterverbreiten. Hier müssen die Sicherheitsbehörden einschreiten.

Kleines Detail am Rande. Im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags wurde hierzu ein einstimmiger Beschluss gefasst. Dem Ausschuss gehören auch Parteien an, die nicht zur Regierungskoalition zählen. Sie waren jedoch bisher nicht Ziel von Protestaktionen.

Aufbruch? Nur mit Spielführer

Alle drei Parteien tragen ihren Teil dazu bei, dass diese Regierung zu keinen guten Kompromissen kommt – jede müsste noch deutlicher über den eigenen Schatten springen, um einen Aufbruch hinzubekommen.

Genau das sollte nun in kleinen Runden noch einmal thematisiert werden: Sind wir zu einem solchen Aufbruch in der Lage? Dieses Land bräuchte so etwas wie die Agenda 2010. Gerhard Schröder war der letzte Kanzler, der zu einem solchen Reformprojekt bereit und in der Lage war. Seine Nachfolgerin hat die Gewinne aus den Reformen einstreichen können, ansonsten aber fast alles ausgesessen.

Olaf Scholz ist zwar angetreten mit dem Hinweis: „Wer Führung bestellt, bekommt sie auch“. In der politischen Praxis ist davon jedoch nahezu nichts zu sehen. Dass er es kann, hat er auf Europäischer Ebene zuletzt bei einem Gipfel wieder gezeigt. Die Rede zur Zeitenwende vor zwei Jahren war ebenfalls ein besonderer Moment. Allerdings sind diese Momente viel zu selten. Es entsteht viel mehr der Eindruck, dass er Grünen und FDP Freiraum für ihre Streitereien lässt und Schiedsrichter sein möchte.

Ein Kanzler ist aber nicht Schiedsrichter, sondern er ist der Spielführer, der in schwierigen Spielen die Ärmel hochkrempeln, seine Mitspieler motivieren und mitreißen oder vielleicht auch mal mit einem Foul ein Zeichen setzen muss. Gute Kapitäne sind nicht immer die lautesten Spieler (siehe Philipp Lahm), aber sie müssen ein Team anführen.

Eine Mannschaft ist aber auch nur erfolgreich, wenn die Mitspieler akzeptieren, wer Kapitän ist, sich einordnen und mitziehen – und es vor allem unterlassen eigene Mitspieler zu foulern.

Zudem wird man nicht Meister, wenn man nur in einigen wenigen Spitzenspielen glänzt. Es gilt vor allem dann, wenn es stürmt, schneit oder die Zuschauer pfeifen, die tägliche Herausforderung anzunehmen und zu meistern. Übertragen bedeutet das, dass man sich nicht nur auf internationalen Gipfeltreffen im Glanz der Scheinwerfer sonnen darf, sondern vor allem die tägliche Arbeit im Griff haben muss. Genau daran mangelt es immer wieder.

Nur, wenn man das alles beherrscht, kann eine Regierung vernünftig arbeiten.

Sollte das in der aktuellen Konstellation nicht mehr möglich sein, gilt es andere Optionen auszuloten. Da wäre dann der Bundespräsident gefragt. Im aktuellen Bundestag gibt es mehrere Regierungsoptionen. Vielleicht muss man sich damit ernsthaft beschäftigen.

Die Sozialdemokratie ist gefordert

Ich persönlich bin jedenfalls seit der Haushaltseinigung Ende 2023 an dem Punkt, an dem ich sage: So geht es nicht weiter. Ich werde deswegen aber nicht mein Parteibuch zurückschicken. Ich möchte wieder eine SPD in der Mitte der Gesellschaft. So arbeite ich in meinem Amt und ich unterstütze die Mitstreiter, die unsere Partei in dieser Hinsicht wieder auf Kurs bringen wollen. Ich bin ein Sozialdemokrat in der Prägung von Helmut Schmidt. Er stand für einen klaren Wertekompass – aber auch dafür, Tagespolitik pragmatisch anzugehen. Wir müssen Alltagsprobleme lösen und dürfen uns dabei nicht in ideologische Diskussionen verheddern.

Es ist doch kein Wunder, dass es Landesverbänden, wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern immer noch gelingt um die 30% der Menschen zu erreichen. Diese Landesverbände sind deutlich mittiger positioniert, sie sprechen die Sprache der Menschen und sie beschäftigen sich mit den Alltagsproblemen der Bürger.

In kaum einem Landesverband ist hier die Diskrepanz zwischen kommunaler und Landesebene so deutlich, wie in Bayern. Noch immer werden Millionen Bayern von roten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern „regiert“. Im zurückliegenden Landtagswahlkampf wurde das auch immer wieder betont. Allerdings gibt es zwischen bayerischen Bürgermeistern sowie Landräten und dem Landesverband eine tiefe Kluft. Viele Diskussionen, die auch im Landtagswahlkampf geführt wurden, haben mit dem Alltagsgeschäft in den Rathäusern und Landratsämtern nicht viel zu tun.

Leider wird der Landesverband zu oft mit abgehobenen Diskussionen wahrgenommen. Das schreckt die Menschen im Moment eher ab. Ich weiß, dass das ein schwieriger Spagat ist. Es ist ja auch Aufgabe von Politik, sich mit Grundsätzen zu beschäftigen, wo sich das Land hin entwickeln soll, wie sich eine Gesellschaft weiterentwickeln soll.

Ich bin aber davon überzeugt, dass man dabei ein Gespür haben muss, ab wann man die Menschen überfordert. Aufgrund der vielen Krisen ist es im Moment zu viel, was auf jeden einprasselt. Die Menschen brauchen Halt. Wer Verantwortung trägt muss so etwas spüren und ein Stück weit auch erfüllen. Erst, wenn sich wieder Sicherheit einstellt, können Veränderungen angepackt werden.

Sicherheit besteht aber nicht nur in finanzieller Hinsicht aus Sozialleistungen. Ganz viele Dinge spielen zusammen. Unter Sozis wurde in den letzten Jahren leider der eigentliche Sinn dieses Begriffs vernachlässigt. Für ganz viele Bürger ist es ein großes Bedürfnis, sich beim Spaziergang im Park sicher zu fühlen – auch in Abendstunden –, auf offener Straße keine Taschendiebstähle oder Pöbeleien fürchten zu müssen.

Gerade in ländlichen Regionen, wollen die Menschen ihre Traditionen, ihre Kultur und auch ihre Sprache bewahren. Das kann man belächeln – was leider auch seitens der SPD immer wieder geschieht. Aber ich kann nur dringend appellieren, das ernster zu nehmen.

In ihrer Hochphase hat die Sozialdemokratie immer eine starke Innenpolitik betrieben. Das war rechtlich konsequent - ich erinnere hier nur an Otto Schilly – aber auch identitätsstiftend mit tiefer Verankerung in den Feuerwehren, Kulturvereinen, Trachtenvereinen, Sportvereinen und Hilfsorganisationen. Diese Nähe ist ein Stück weit verlorengegangen. Das muss sich wieder ändern.

Die SPD ist aus der Arbeiterbewegung entstanden. Vielleicht sollte man sich darauf gelegentlich besinnen. Den Kumpels ging es um Sicherheit und Respekt. Natürlich träumten unsere Gründerväter von Beginn an davon, die Gesellschaft zu verändern. Aber ihnen war klar, dass sie dafür nur Unterstützung erhalten, wenn es eine materielle Absicherung für die breite Masse gibt. Wenn die Menschen in einer gewissen Sicherheit leben können.

Im Moment kommt Unsicherheit nicht durch Hunger oder Not. Im Moment kommt Unsicherheit durch Überforderung und Abstiegsangst. Dies löst verschiedenste Reaktionen aus. Vor allem gegen Veränderung, gegen unbequeme Wahrheiten, gegen Neues und alle, die an den Gewissheiten rütteln oder sie gefährden. Erst wenn das Gefühl der Verunsicherung schwindet, kann Zukunft offensiv und optimistisch gestaltet werden. Wer das nicht ernst nimmt, wird Mehrheiten für Parteien erleben, die die Zeit um Jahrzehnte zurückdrehen wollen.

Es gibt den schönen Spruch: „Manchmal ist weniger mehr.“ Wir sollten ihn beherzigen und den Menschen Antworten auf ihre Alltagsfragen geben, bevor wir immer neue Veränderungen anstoßen. Ich weiß, das ist schwer. Klimawandel, internationale Krisen, Fluchtbewegungen etc. hören ja nicht einfach auf, nur weil wir uns vielleicht einmal etwas mehr mit uns selbst beschäftigen müssen. Genau das macht es den momentan handelnden Personen auch so schwer. Jede verschobene Entscheidung, kann schwerwiegende Auswirkungen auf die Zukunft haben. Jede erzwungene Veränderung kann aber auch dafür sorgen, dass noch mehr Menschen den Glauben in die Demokratie verlieren, weil sie es ablehnen. Wir sehen an Polen oder Italien, welche Regierungsmehrheiten das bringen kann – und was

die in der Praxis umsetzen, wenn sie tatsächlich einmal gewählt sind. In Polen wurde ein ganzes Rechtssystem umgebaut, was nun mühsam korrigiert werden muss. In Italien werden ab 2024 massiv Sozialleistungen gestrichen.

Ich persönlich halte die Auswirkungen von einem weiteren Rechtsruck bei Wahlergebnissen für gravierender, als einzelne Entscheidung etwas aufzuschieben, da dies die Demokratie irreparabel schädigen kann und dann Klimaschutz und andere Themen nicht mehr nur ein „bisschen“ aufgeschoben, sondern ausgeblendet werden. Ich sehe im Moment die Demokratie ernsthaft in Gefahr und solche Entwicklungen leider inzwischen als realistisch an. Wir dürfen das nicht zulassen.

Die Menschen erwarten von Politikern in allen Ebenen, sich den Realitäten zu stellen, Probleme abzuarbeiten und ihre tatsächlichen Sorgen im Blick haben.

Genau das war einmal die Stärke der SPD. Wenn sie nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will, muss sie da wieder hin – auch, wenn es weh tut!

Schlussgedanke

Meine Gedanken habe ich zunächst nur intern in meinem Ortsverein geteilt. Nachdem wir diskutiert haben, wurde ein Schreiben an die Parteiführung in Bund und Land, den Kanzler und den Generalsekretär gesendet. Das war im Januar. Bisher gab es von diesen Stellen keine Antwort. Zwei Abgeordnete aus der Region haben sich gemeldet. Das empfinde ich als Reaktion schon ein wenig dürftig. Aber gut, ist so.

Ich würde mir dennoch wünschen, dass es genug Sozialdemokraten gibt, die ihr Ohr bei den Menschen haben, die Sorgen, Nöte, Probleme auf und ernst nehmen und entsprechend handeln. Wichtig ist dabei, einen guten inneren Kompass für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität zu haben. Das klappt nicht in jedem Einzelfall – aber das sollte unsere Richtschnur sein!

Christian Holzemer

April 2024